LL 20 M-KK Maik-Torben Kristen

Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Landtagswahl

Selbstvorstellung



Liebe Menschen,

ich bin Maik Kristen und möchte mich einsetzen für eine faire, moderne und zukunftsgewandte Justiz. Meine Bewerbung für den Listenplatz 20 findet ihr im PDF.

Alter:
29

Geburtsort:
Hamburg



MAIK KRISTEN

Bewerbung Listenplatz 20

Liebe Menschen,

ich bin Maik Kristen und ich bewerbe mich für Platz 20 der Landesliste für die Landtagswahl 2022.

Über mich

Im Januar werde ich 30 Jahre alt. Aufgewachsen bin ich in Hamburg, an der Grenze zu Norderstedt. Erste konkrete politische Erfahrung habe ich während meines Jura-Studiums in Marburg als StuPa- und Ältestenratmitglied gemacht. Nach einem Studienjahr in Belgien hat es mich dann wieder näher in Richtung Familie und Heimat verschlagen und ich habe 2020 in Kiel mein erstes juristischen Examen abgelegt. Seit Februar 2021 bin ich nun Rechtsreferendar, d.h., ich lerne die Arbeit von Staatsanwaltschaft, Gerichten, Verwaltung und Anwält*innen in der Praxis kennen. Im Moment bin ich am Sozialgericht in Kiel. Eine meiner eindrücklichsten Stationen während meines Studiums war die Mitarbeit im Bundesjustizministerium in der Kommission zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit des Ministeriums. Diese Arbeit hat mir vor Augen geführt, wie wichtig der Kampf gegen Rechtsextremismus und Faschismus ist. Das leitet mich noch heute und ist ein Grundpfeiler meiner Überzeugung. Neben der Verwirklichung eines sozial gerechten Klimaschutzes war das auch einer der Gründe, warum ich 2018 zu den Grünen gekommen bin. Denn keine andere Partei bekämpft Rechtsextremismus, Hass und Ausgrenzung so konsequent wie unsere – ich bin stolz darauf, ein Teil davon zu sein und mit meiner Stimme zu diesem Kampf beizutragen. Ich will mit euch zusammen und im Landtag für eine tolerante, offene und gerechte Gesellschaft einsetzen. Für die Grünen bin ich in Kiel vor allem kommunalpolitisch in der Mobilitätspolitik aktiv, im September 2019 bin ich als Ortsbeirat in Suchsdorf gewählt worden.

Im „Hauptehrenamt“ bin ich aber seit September 2020 als Landesvorstand des Verkehrsclub Deutschland (VCD Nord) aktiv und dort Sprecher für alle Themen in Schleswig-Holstein. Meine persönlichen Schwerpunkte sind der Rad- und Fußverkehr sowie die Barrierefreiheit. Ich bin für den VCD Mitglied beim Runden Tisch Radverkehr des Wirtschaftsministeriums. Seit 2018 bin ich auch auf Stadtebene für den VCD aktiv und sitze im Fahrradforum und Mobilitätsforum.

Was ich möchte

Egal ob bei der Justiz, in der Mobilität oder bei anderen Themen: Mein Leitbild ist es, Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, um Menschen selbstbestimmt und frei über ihren bevorzugten Lebensentwurf entscheiden zu lassen. Unsere Gesellschaft baut aber historisch bedingt immer noch viel zu sehr auf Ausgrenzung und Ausbeutung auf. Ich sehe es als

unsere Aufgabe an, die heute noch bestehenden ungerechten Strukturen abzubauen und stattdessen ein Fundament zu legen, das ohne diskriminierende Strukturen auskommt – und ich weiß, dass ich das am besten mit euch zusammen bewerkstelligen kann. Wie keine andere Partei haben wir dabei von Anfang an auch die Klimagerechtigkeit vor Augen, die die größte Herausforderung sein wird, die wir bewerkstelligen müssen – auch, wenn das während der außer Kontrolle geratenen Pandemie im Moment vermeintlich in den Hintergrund gerückt ist.

Gute Mobilität für Stadt und Land

Wir müssen es unbedingt hinbekommen, dass Menschen auf Grund der Pandemie nicht dauerhaft auf das Auto umsteigen. Bus, Stadtbahn, Regio und Fahrrad – das sind die Verkehrsmittel der Zukunft.

Aber die dafür notwendigen Veränderungen brauchen Zeit, in der Mobilität wie auch in der Justiz. Wir haben hier in den letzten Jahren schon die richtigen Anstöße gegeben. Aber auch mit Planungsbeschleunigungen dauert es Jahre, bis die dringend benötigten neue Schienen liegen oder Oberleitungen verbaut sind. Es ist leider immer noch nicht selbstverständlich, dass wir unsere Rad- und Fußwege breit genug und barrierefrei ausbauen. Dabei sind diese sowohl in der Stadt als auch auf dem Land unerlässlich für die Lebendigkeit der Orte und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Nur wenn die Dinge des täglichen Bedarfs wieder zurück in die Dörfer kommen, können diese wieder attraktiver und lebendiger werden. Der Supermarkt auf der ehemals grünen Wiese trägt dazu nicht bei, im Gegenteil. Diese Art Infrastruktur dürfen wir nicht mehr zulassen, auch um die Flächenversiegelung zu stoppen.

Eine faire Justiz

Auch in der Justiz gibt es abseits von der aktuellen pandemischen Lage viel tun und fortlaufend etwas zu verbessern. Immer wieder habe ich erlebt, dass Ideen und Initiativen von Privatleuten, Verbänden oder der Verwaltung mit unseren aktuellen Regelwerken nicht möglich sind. Ich habe auch erlebt, wie gerade im Versammlungsrecht von Behörden versucht wurde, Protest einzudämmen. Beim Park(ing)Day und PopUpBikelanes konnte ich erfolgreich vor dem Verwaltungsgericht dagegen klagen; zwei „Omas for Futures“ aus Schleswig konnte ich so unterstützen, dass ihnen auf Grund ihres Protests keine strafrechtlichen Folgen drohen.

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt des weiten Themenfeldes der Rechtspolitik. Diese Erfahrungen haben mich aber in meiner Auffassung bestärkt, dass wir auf Landesebene eine Menge Gesetze modernisieren müssen. Glücklicherweise macht es mir viel Freude, Gesetze auszuhandeln und Gesetzestexte zu verfassen.

Beim Versammlungsrecht soll es auch nicht aufhören, na klar.

Ich will auch dafür sorgen, dass unsere Linie „Prävention statt Repression“ weiter fortgeführt und ausgebaut wird. Die beste Kriminalitätsbekämpfung ist es, dafür zu sorgen, dass Menschen nicht kriminell werden. Gerade Menschen, die in finanzieller Armut leben, kommen öfter ins Gefängnis – eben, weil sie arm sind. In einem sozial gerechten Land dürfen wir das nicht zulassen! Sowieso muten wir den Menschen in den Justizvollzugsanstalten sehr viel zu – sowohl den Bediensteten dort als auch den Häftlingen und deren Familien. Das bislang gelebte System macht krank und sorgt nur schlecht dafür, dass wir Menschen fit für ein straffreies Leben machen. Das zu ändern, ist schon länger unsere Aufgabe und ich will daran mitwirken, dass wir diesen Weg fortführen.

Eine Justiz für alle Menschen

Wir müssen weiterhin dafür sorgen, dass unsere Justiz fair und frei von rechtsextremen Einflüssen bleibt. Wir müssen immer wachsam bleiben, um weder rassistische Menschen noch rassistisches Gedankengut in unseren Staatsdienst einfließen zu lassen. Das gilt auch und gerade für die Polizei. Rassismus darf es bei ihr nicht geben, weder in der Ausbildung noch im regulären Dienst.

Ich will deswegen auch daran arbeiten, dass unsere Justiz und unsere Verwaltung diverser werden. Die Vielfalt, die in unserem Land herrscht, bildet sich in diesen Bereichen so gut wie gar nicht ab. Das ist aber wichtig, um die Akzeptanz unserer staatlichen Strukturen zu stärken und verschiedene Sichtweisen einzubringen. Vielfältigkeit macht uns stärker!

Mir ist auch wichtig, dass wir dafür sorgen, dass jede Person zu ihrem Recht kommen kann und sich auch traut, dieses Recht geltend zu machen. Das gilt besonders dort, wo Menschen auf staatliche Leistungen angewiesen sind, etwa beim Arbeitslosengeld oder wenn die Krankenkasse Leistungen nicht bewilligen möchte. Hier dürfen den Betroffenen keine Steine in den Weg gelegt oder Menschen durch komplizierte Verwaltungs- und Gerichtssprache davon abgeschreckt werden, Ansprüche geltend zu machen, die ihnen zustehen.

Als Jurist in Ausbildung weiß ich auch, dass wir uns mehr um unseren Nachwuchs kümmern müssen. Ich erlebe selbst, dass die Arbeitsbelastung und der Druck, nach zwei Jahren ein Examen ablegen zu müssen, sehr hoch sind. Fast jede*r ist aber zusätzlich noch auf einen Nebenjob angewiesen, weil unserer Beihilfe nicht zum Leben reicht. Das zieht sich im Berufsleben weiter, unsere Justiz konkurriert schon lange mit großen Kanzleien, die mit ihren Löhnen und Extras die Bewerber*innen besser überzeugen können. Hier müssen wir umlenken, um den anstehenden Pensionierungswellen – demnächst etwa in der Arbeitsgerichtsbarkeit – etwas entgegensetzten zu können.

Durch unsere Arbeit in den letzten Jahren hat sich schon einiges verbessert, aber unser Weg ist noch nicht zu Ende. Mir liegt es sehr am Herzen, unser Land und unsere Demokratie zukunftsfest zu machen. Die Krisen, die noch auf uns zukommen, werden nicht kleiner und nicht leichter zu bewältigen. Das ist uns bewusst – aber nicht allen anderen. Umso wichtiger ist es, dass wir unsere Verwaltung und unsere Justiz darauf vorbereiten. So wie in der Pandemie und bei jede*r Katastrophe gilt es, „vor die Lage" zu kommen. Wir müssen uns außerdem trauen, zu sagen, wie die Lage ist und wie sie sein wird. Wir dürfen uns nicht wegducken. Viele Leute haben – berechtigterweise – den Eindruck, dass Politiker*innen sich nicht mehr trauen, vermeintlich unbeliebte Entscheidungen zu treffen. Wir sehen in der Pandemie, was die Folge dieser Entscheidungsangst ist. Wir wissen, was dies in der Klimakrise für Folgen haben wird. Ich habe in allen meinen Ehrenämtern und in der Ausbildung gelernt, auch schwere Entscheidungen zu treffen. Das möchte ich gerne im Landtag fortsetzen. Denn grüne Politik heißt für mich: Probleme an- und mit anderen besprechen und dann gemeinsam eine gute Lösung finden. Dafür bitte ich euch, mich zu unterstützen.

Euer Maik

MITGLIEDSCHAFTEN

- VCD
- Lawyers for Future
- VVN - BdA
- Verein Ostrecht e.V.

KONTAKT

- Instagram: @mkpresi
- Twitter: @kradwege
- Mail: m.kristen@posteo.de



MEINE BEWERBUNG IN LEICHTER SPRACHE

Ich bin Maik
Und ich bin 29 Jahre alt.
Ich lebe in Kiel.
Ich möchte in den Land-Tag gewählt werden.
Im Land-Tag sprechen Politiker mit einander.
Die Politiker machen Gesetze.
Gesetze sind Regeln für unser gemeinsames Leben.
Die Regeln machen das Land besser. Dabei möchte ich helfen.

Ich möchte unsere Justiz noch besser machen.
Die Justiz sorgt für Gerechtigkeit.
Gerechtigkeit gibt es,
wenn die Gesetze beachtet werden
und alle Menschen fair behandelt werden.
Zu der Justiz gehören Gerichte.
Menschen, die sich nicht gerecht behandelt fühlen,
können zu einem Gericht gehen.
Dort können sie Recht bekommen.
Manchmal ist es aber schwer für Menschen,
zu einem Gericht zu gehen.
Zum Beispiel, weil sie nicht sicher sind,
was sie bei dem Gericht machen müssen.
Ich möchte, dass es für Menschen nicht mehr schwer ist,
ihr Recht zu bekommen.

Hast du Fragen?
Dann melde dich bei mir!
Du kannst mir eine E-Mail schicken.
Meine E-Mail-Adresse ist: m.kristen@posteo.de